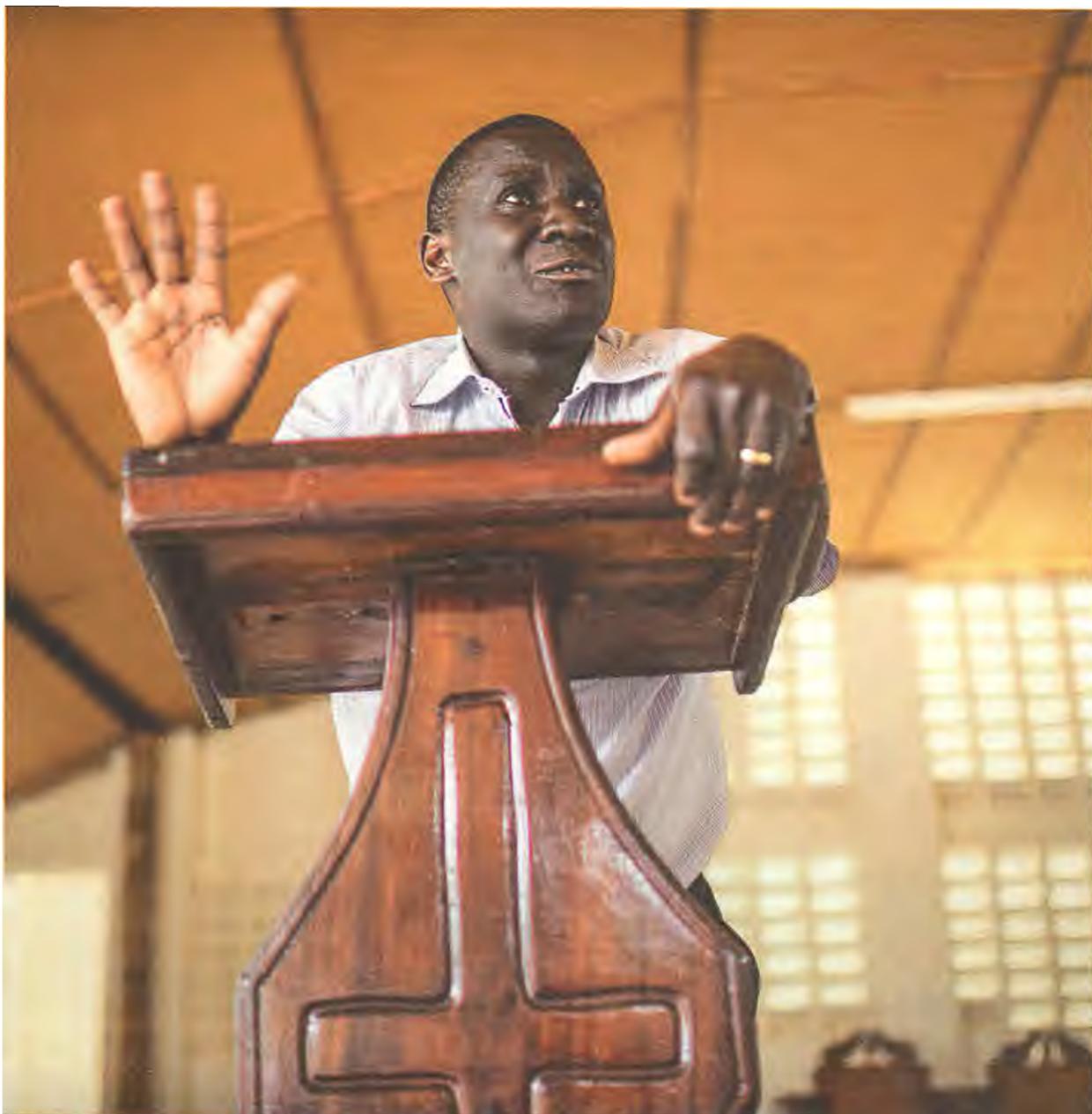


MENSCHENRECHTE

Verbotene Erektionen

In Uganda ist Homophobie Staatsräson, Schwulen und Lesben droht Gefängnis - oder der Tod nach dem Outing. Besuch bei einem radikalen Prediger und bei untergetauchten Homosexuellen.



SVEN TORFINN / DER SPIEGEL

Prediger Kawuba: „Wir haben gejubelt wie beim Fußball“

Michael Kawuba sitzt in seinem Kirchenbüro und denkt über Erektionen nach. „Wir Ugander kriegen eine Erektion beim Anblick einer schönen Frau“, sagt er. „Alles andere ist wider die Natur.“

Tagsüber arbeitet Kawuba als Vermögensberater, nach Feierabend bekämpft er die Homosexualität. Kawuba ist ein freundlicher Mann von 31 Jahren, verheiratet, drei Kinder, keiner, der zu Wutausbrüchen neigt. Aber jeden zweiten Sonntag predigt er in der Kakumba-Gemeinde: „Die Bibel hat Homosexualität verboten, Gott ließ Feuer auf Sodom und Gomorra regnen.“ So geht es stundenlang. Er steht hinter einem hölzernen Pult, der Andachtsraum ist eine offene Halle mit einem Dach aus Palmblättern. Eine Band spielt Gospel, mit Schlagzeug, Bass und

Gitarre, die Gemeinde singt, wiegt sich im Rhythmus, streckt die Hände zum Himmel und ruft: „Lobet Gott.“

Am 24. Februar schien Gott sie endlich erhört zu haben: An diesem Tag unterzeichnete Präsident Yoweri Museveni eine Gesetzesänderung, die „schwere Homosexualität“ mit bis zu lebenslanger Haft bestraft. Michael Kawuba hatte Freunde eingeladen, vor dem Fernseher verfolgten sie, wie das Staatsoberhaupt das Gesetz unterzeichnete. „Wir haben gejubelt wie beim Fußball“, sagt Kawuba.

96 Prozent aller Ugander finden einer Umfrage zufolge Homosexualität nicht akzeptabel, viele sind dafür, Schwule, Lesben und Transsexuelle wegzusperren. Ein erster Gesetzentwurf sah sogar die Todesstrafe vor. Uganda, lange Zeit ein Vorzeigeland Afrikas, autoritär regiert,

aber stabil und wirtschaftlich erfolgreich, hat nun nach dem muslimischen Norden Nigerias, nach Mauretanien, Somalia und dem Sudan die drakonischsten Strafen des Kontinents. In 36 von 54 afrikanischen Staaten wird Homosexualität mittlerweile geahndet.

Die Welt reagierte entsetzt: Die USA kürzten die Entwicklungshilfe, Europa drohte mit Sanktionen, die Vereinten Nationen mahnten die Einhaltung der Menschenrechte an. Doch den Schwulen und Lesben von Kampala hat die weltweite Empörung nicht geholfen: Sie sind in den Untergrund gegangen oder gleich ins Ausland geflohen. Sie rechnen mit einer Welle von Verhaftungen, vor allem aber fürchten sie sich vor Angriffen der Schwulengegner.

Es gibt in Uganda Tausende Gemeinden wie die des Laienpredigers Michael Kawuba. Sie sind klein, aber radikal. Viele von ihnen, auch die Kakumba Church, unterhalten Kontakte zu US-Evangelikalen, deren Mission die Hetze gegen Homosexuelle ist. 2009 etwa zog der ultrarechte Aktivist Scott Lively durchs Land, der verbreitete, die Schwulen seien schuld am Holocaust.

So weit geht Michael Kawuba dann doch nicht. „Ich hasse die Schwulen nicht“, versichert er. Einmal hat er sich sogar mit einem homosexuellen Mann getroffen. „Ich wollte wissen, was das für Menschen sind.“ Allein traute sich Kawuba dann aber doch nicht zu dem Treffen, er bat um Polizeischutz. Zwei Beamte in Zivil begleiteten ihn an die Bar eines Hotels in Kampalas Diplomatenviertel. Sie unterhielten sich, dann gingen sie wieder auseinander. Aber Michael Kawuba glaubt seitdem, ganz genau Bescheid zu wissen über die Schwulen.

Er redet wie ein Tierforscher, der eine gefährliche Spezies ausgespäht hat: „Es handelte sich bei dem Mann um einen, der beim Sex die Rolle der Frau einnimmt.“ Diese Leute agierten eher defensiv. Wirklich gefährlich seien dagegen diejenigen, die den aktiven Part übernehmen. Die seien es auch, die sich über Schulkinder hermachten. „Sie bieten Geld oder Süßigkeiten, damit unsere Kinder homosexuell werden“, behauptet Kawuba und zeigt dazu Bilder von Analverletzungen.

Homosexualität, sagt Kawuba, sei erlernbar: Man werde nicht als Schwuler oder als Lesbe geboren, sondern entscheide sich dafür wie für eine Sportart. Als Beweis führt er an, dass es in der Landessprache Luganda kein Wort dafür gebe. Zuerst, so Kawubas Theorie, hätten die Araber in Afrika die Homosexualität verbreitet, nun fördere eine Lobby aus dem Westen die Schwulen in Uganda, in der Hoffnung auf Sex oder Pornomaterial aus Afrika.

Man könnte das alles als Unsinn abtun. Aber so denkt nicht nur Michael

Kawuba, sondern eine Mehrheit der Ugander. Selbst der Präsident sagt, „arrogante westliche Gruppen“ seien schuld daran, dass es Homosexualität in seinem Land gebe.

Am selben Tag, an dem Kawuba seinen Triumph feierte, saßen auch Sam Ganafa und Dennis Wamala vor dem Fernseher, jeder für sich. Sie sahen, wie der Präsident das Gesetz unterschrieb, und sie ahnten: Unser Leben wird künftig kompliziert.

Noch in der Nacht nach der Gesetzesunterzeichnung packte Dennis Wamala, 31, Kleidung, Moskitonetz und Computer zusammen und floh, denn seine Nachbarn wussten, dass er schwul ist. Er zog in eine andere Wohnung, weit weg. Seitdem geht er nur noch in Cafés und Bars, in denen ihn niemand kennt. Bevor er sein Auto abstellt, schaut er sich genau um. Lungern irgendwo Gruppen von Männern herum?

„Wir leben in einer Wolke aus Angst“, sagt er. „Eine Woche fühlt sich an wie ein Jahr.“

Aufgeben aber will er nicht. Er trägt ein T-Shirt mit der deutschen Aufschrift „L.Mag — Das Magazin für Lesben“, Erinnerung an einen Schwulen- und Lesbenkongress in Berlin vor zwei Jahren, zu dem ihn das Auswärtige Amt eingeladen hatte. Es ist sein stiller, listiger Protest gegen den Hass. Er hofft nur, dass er niemandem begegnet, der Deutsch versteht.

Dennis Wamala hat Betriebswirtschaft studiert, er ist Geschäftsführer bei Icebreakers Uganda. Der Verein berät Schwule und Lesben und versucht, um Verständnis zu werben. Bisher meist vergebens. Die Büros der Eisbrecher sind inzwischen geschlossen. Auch die Schwulenbars in Kampala sind leer, Hunderte Homosexuelle ins Ausland geflohen.

Der Hass ist mit dem neuen Gesetz und der Jahre währenden Debatte darum immer weiter gewachsen. Zwar ist Homosexualität in Uganda schon lange verboten, wurden Schwule und Lesben oft angepöbelt, aber nie saß jemand deshalb im Gefängnis. Es gab Bars und Clubs, in denen sie unbehelligt blieben. Das hat sich jetzt geändert.

Täglich werden Schwule angegriffen, mehr als 70 Fälle haben Menschenrechtler seit der Unterzeichnung des Gesetzes gezählt. Dennis Wamalas Freund, ein Schau-

spieler, blieb nach einer Theatertournee durch Frankreich aus Angst einfach dort. „Wir fürchten nicht so sehr die Polizei“, sagt Wamala. „Wenn du festgenommen wirst, kannst du dir einen Anwalt nehmen. Aber gegen den Mob hast du keine Chance. Viele Ugander wollen uns am liebsten tot sehen.“ Sie fühlten sich durch das neue Gesetz ermächtigt, das Recht selbst in die Hand zu nehmen.

Alle paar Tage fährt Dennis Wamala in den Stadtteil Makindye. Helfer haben hier ein „Safe House“ zur Verfügung gestellt. Er klopft dreimal ans Tor, eine Klappe öffnet sich. Gesichtskontrolle,



Verfolgter Wamala: „Wir leben in einer Wolke aus Angst“

dann schwingt der eiserne Türflügel auf. Dahinter liegt ein enger Hof mit Plastikstühlen, einigen staubigen Sofas, einem Fernseher. Ein Zimmer ist vollgestopft mit Kartons, einige Schwule lagern hier ihren Besitz, bis sie eine neue Wohnung gefunden oder ein Ticket ins Ausland gebucht haben. Zur Not darf man hier auch übernachten.

Im Wohnzimmer organisieren Dennis Wamala und andere den Widerstand. Ihre Telefone klingeln andauernd. Journalisten aus aller Welt rufen an, aber auch Regierungsvertreter aus Schweden und den Niederlanden. Sie wollen alle das Gleiche

wissen: Wie gefährlich leben Ugandas Schwule? Und wie kann man helfen?

Die Aktivisten wollen nun internationale Konzerne dazu bringen, Investitionen in Uganda auszusetzen. Der Telefonanbieter Orange hat bereits alle Anzeigen bei der Boulevardzeitung „Red Pepper“ in Kampala storniert. Das Blatt hatte einen Tag nach der Unterzeichnung des Gesetzes die „200 Top Homos“ des Landes bloßgestellt. Mit vollem Namen.

Zum Beispiel Sam Ganafa: auf der Titelseite, mit Foto.

Er versucht seitdem nicht einmal mehr, sich zu verstecken, und geht weiterhin in die Ram-Bar, eine Hinterhofkneipe im Zentrum. Früher war hier jeden Sonntagabend Party. Doch neulich fuhren mehrere Streifenwagen vor, die Polizei kontrollierte Ausweise, notierte Personalien. „Hört auf damit, sonst gibt es Ärger“, drohte ein Polizist der Barchefin.

Seit diesem Zeitpunkt ist der Laden leer. „Aber uns ist sowieso nicht nach Feiern zumute“, sagt Sam Ganafa. Er kann schon seit Wochen nicht mehr nach Haus und wohnt seitdem bei Bekannten. Ein junger Mann hat ihn angezeigt, wegen Vergewaltigung. Eine beliebte Methode, Schwule einzuschüchtern.

Auf der Suche nach Beweisen hat die Polizei Ganafas Haus gestürmt, die Beamten traten Türen ein und fegten die Schränke leer. Gefunden haben sie nichts, außer ein paar Kondomen. Der Prozess schleppt sich dahin, das angebliche Opfer hat sich in Widersprüche verstrickt. „Sie trauen sich nicht, das Verfahren einzustellen“, sagt Ganafa. „Das wäre ein Gesichtsverlust für die Justiz.“

Er fragt sich, wie die Polizei Homosexuelle künftig eigentlich strafbarer Beziehungen überführen will. „Wie kann

man Liebe und Sex zwischen zwei Männern oder Frauen beweisen? Wollen sie die Schlafzimmer stürmen?“

Das Gesetz werde bald auch auf die nichthomosexuellen Ugander zurückfallen, glaubt Ganafa. Denunziantentum werde um sich greifen.

„Wer jemanden schädigen will, seinen Nachbarn, seinen Kollegen oder einen missliebigen Politiker, muss ihn nur bei der Polizei als homosexuell anschwärzen.“ Die Beamten sind dann verpflichtet zu ermitteln. „Misstrauen und Hass werden sich immer tiefer in unsere Gesellschaft hineinfressen.“

JAN PUHL